

Albanien

Der lange Weg vom „Transmissionsriemen“ zur aktiven Interessenvertretung

Ein kurzer Blick zurück ist sinnvoll Es mag verwundern, dass noch heute – 25 Jahre nach dem politischen Wechsel in den ehemals sozialistischen und kommunistischen Staaten – Problemanalysen zu den Gewerkschaften in Mittel- und Südosteuropa recht weit zurückreichen müssen. Aber wir haben in der Transformationsarbeit erfahren müssen, dass zwar Systeme und ihre Institutionen recht schnell geändert bzw. eingeführt werden können, die Menschen jedoch mehr Zeit benötigen, um sich mit all dem auszukennen, – und mehr noch die nun zur Verfügung stehenden demokratischen Mittel zur Selbst- und Mitbestimmung aktiv zu nutzen, oder auch nur die neuen Herausforderungen einzuschätzen. Dies gilt auch für Gewerkschaften.¹

Imageverlust – Fehlendes Aufgabenprofil in der demokratischen Entwicklung Denn scheinbar wurden Gewerkschaften von dem einen System ohne weiteres in das nächste überführt. Der Schein trügt jedoch, denn wenn es zuvor galt, dass Gewerkschaften ein nahezu „axiomatischer“ Teil der Gesellschaft und der Arbeitswelt waren, so wurde diese Sicherheit direkt nach dem Wechsel allenthalben in Frage gestellt. Abgesehen vielleicht von Polen besaßen die Gewerkschaften dazu bei der Bevölkerung ein extrem schlechtes Image als „sozialistisches Teufelswerk“. Dies wurde durchaus noch befördert durch eine zumeist recht neo-liberale Antizipation des neuen Systems. Wer brauchte oder wollte die Gewerkschaften noch? In vielen Fällen wurden die Gewerkschaften faktisch aus den weiteren wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklungen herausgehalten – und sie wehrten sich nur schwach. Dem stand eine falsche Selbsteinschätzung gegenüber, welche die meisten Gewerkschaften dann auch davon abhielt, sich entsprechend zu reformieren und auf die Vielfalt der neuen Aufgaben einzustellen.

¹ Vergl.: Frank Hantke Gewerkschaften im 21. Jahrhundert - Ein Diskussionshandbuch für Gewerkschaften in den Transformationsländern, FES 2012

**Pluralisierung
nachvollzogen –
Einigkeit aufgegeben**

Dies lässt sich unter anderem auch daran ablesen, dass die Gewerkschaften fast überall der Pluralisierung der Parteienlandschaft fraglos gefolgt sind – also gewissermaßen ihre Rolle als „Transmissionsriemen der Partei“ nun plural z.T. bis heute fortsetzen. Anders jedoch als früher, haben es die Parteien ihnen nur selten „gedankt“. Vielmehr erfüllten Parteien – jeweils in Regierungsfunktion – bestenfalls formal die Vorgaben der EU zur Beteiligung der Gewerkschaften in tripartiten Systemen. Die Opposition nutzte dagegen die Mobilisierungsfähigkeit „ihrer“ Gewerkschaft gegen die Regierung. Dies mag sogar noch die Auffassung bei führenden Gewerkschaftern gefördert haben, dass der Staat nach wie vor für die meisten Probleme in der Wirtschaft direkt zuständig ist. Das galt erstaunlicherweise sowohl für die „alten“ Gewerkschaften (Nachfolgeorganisationen der Einheitsgewerkschaften), wie auch für die „neuen“ Gewerkschaften, die oft aus Bürgerbewegungen oder lediglich aus Abspaltungen entstanden.

**Schrumpfung und
Rückzug in den
öffentlichen Sektor**

Demgemäß wurde die betriebliche und sektorale Arbeit hintangestellt – mit dem fatalen Ergebnis, dass sich die Gewerkschaften heute oftmals nur noch im schrumpfenden öffentlichen Sektor zeigen, während der Privatsektor zunehmend gewerkschaftsfrei wurde. Ausnahmen sind i.d.R. lediglich internationale Unternehmen, in denen es z.T. sogar zur Einbindung in die bestehenden Euro-Betriebsräte kam. Somit hat nicht nur der Streit um das ehemalige Gewerkschaftsvermögen, sondern auch ihre zunehmende parteipolitische Fokussierung die plural aufgestellten Gewerkschaften oft zu Gegnern und nicht zu Verbündeten im Einsatz für eine soziale und demokratische Gestaltung der Arbeitswelt gemacht. Die Folge war zuweilen gar eine Neutralisierung der Interessenvertretung in der Arbeitswelt – dies ganz besonders im Privatsektor. Gewiss klammert dieser kurze prinzipielle und recht kritische Rückblick die Reform- und Arbeitserfolge einiger Gewerkschaften (wie z.B. Slowenien), ebenso aus wie eine Vielfalt weiterer Gründe für die Schwäche von Gewerkschaften aus, die nicht „hausgemacht“ sind. In einer eher holzschnittartigen Form soll aber auf einige Kernprobleme hingewiesen werden, die noch heute bestehen – dies besonders in Albanien.

**Die „schlimmste“
Hinterlassenschaft
der Kommunisten:
Der
Antikommunismus!**

Bezieht man sich auf Süd-Ost-Europa, so nimmt Albanien eine Sonderrolle auch noch nach 1990 ein. So ausgeprägt und diktatorisch das alte System unter Hoxha war, so verheerend zeigte sich der krasse Wandel zum Neo-Liberalismus im Lande. (Die heutigen Staaten Ex-Jugoslawiens waren der EU wesentlich näher und nahmen eine vergleichsweise gemäßigtere Entwicklung.) Die meisten

gesellschaftlichen Strukturen in Albanien wurden – gewissermaßen von heute auf morgen – abgerissen. Dies war fast problemlos möglich, da bei weiten Teilen der Bevölkerung alles Ehemalige grundsätzlich verhasst war (und bis heute ist). So fiel das öffentliche Bildungswesen ebenso der Liberalisierung zum Opfer wie auch Transport, Gesundheitswesen, Wasserversorgung und -entsorgung, Kommunikation usw. Die ehemaligen gesellschaftlichen Leitplanken waren abgerissen, neue wurden oftmals aber bis heute nicht entwickelt. Dies konnte leicht in einer Gesellschaft geschehen, die niemals zuvor eine Demokratisierung erlebt hatte bzw. an derartigen Erfahrungen anknüpfen konnte.

Die gesellschaftliche und demokratische Entwicklung leidet

In den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten ist es somit zu schweren gesellschaftlichen Verwerfungen gekommen, wie z.B. zur höchsten Korruptionsrate in Europa, zu einem untauglichen Justizwesen, aber auch zu einer extremen sozialen Spaltung nahezu ohne stabilen Mittelstand, um nur einiges zu nennen. Die alten Eliten konnten sich weitgehend und erfolgreich in die „neue Zeit“ retten. Gesellschaftliche Solidarität bzw. ihre entsprechenden Institutionen und Organisationen – so auch die Gewerkschaften – dagegen blieben auf der Strecke oder entstanden erst gar nicht. Die schlechte demokratische, wirtschaftliche und soziale Situation aber belastet die Albaner zunehmend. Eine kürzlich erstellte, repräsentative Umfrage im Auftrag der FES ergab z.B. ein äußerst paradoxes Bild in Bezug auf die Gewerkschaften. Über 80% der Menschen wissen gar nicht, dass es Gewerkschaften in Albanien gibt. Ein ähnlich hoher Prozentsatz wünscht sich jedoch eine starke Interessenvertretung besonders in wirtschaftlichen und sozialen Fragen, da man dies den bestehenden Parteien längst nicht mehr zutraut.

**„Schichtwechsel“ –
Trotzdem: Business as Usual**

Dies ist das schlimmste Umfrageergebnis, dass sich die beiden bestehenden großen Gewerkschaftskonföderationen nur denken können. Dennoch herrscht dort kaum Aufregung. Fragt man die eine Konföderation, hat sich seit dem Regierungswechsel bereits sehr viel verbessert, fragt man die andere, so wird dagegen der Verlust ehemaliger Errungenschaften beklagt. Der Wortlaut gleicht zuweilen bis auf ganze Sätze den Stellungnahmen der beiden Bünde vor dem Regierungswechsel – nur sind heute die Rollen vertauscht: Es gibt eben einen „Schichtwechsel“ wie es ein enttäuschter betrieblicher Funktionär kürzlich formulierte. Während sich also der eine Bund komfortabel in der Kooperation mit der Regierung wähnt, flüchtet sich der andere in eine Vielzahl von Protesten, gleich ob sie sinnvoll sind oder nicht – dies oft mit der ihr nahestehenden Oppositionspartei. Allgemeine

Arbeitnehmerinteressen stehen dabei nur zu selten im Fokus, bestenfalls die Interessen der eigenen, kleinen Mitgliedschaft.

**Wirtschaftsstruktur
birgt extreme
Herausforderungen
für Gewerkschaften**

In den meisten Transformationsländern Süd-Ost-Europas gibt es ohnehin nur eine gering ausgebaute industrielle Landschaft oder Großbetriebe. Für Albanien gilt dies noch weitaus mehr. Während einige ex-jugoslawische Ländern an industriellen Traditionen z.T. auch aus der Kooperation mit EU-Ländern anknüpfen konnten, ist dies für Albanien nicht der Fall, da es sich vor 1990 nahezu vollständig isoliert hatte. Letzte industrielle Relikte aus der Kooperation mit der ehemaligen Sowjetunion oder später mit China sind verfallen oder in einem erbärmlichen Zustand. Einige wenige Bereiche der Leichtindustrie existieren – zumeist jedoch als verlängerte Werkbänke europäischer Nachbarstaaten. Zumeist gibt es nur Kleinst- und Kleinbetriebe mit weit weniger Beschäftigten als zwanzig. Dies – das wissen alle Gewerkschaften – macht die Organisationsarbeit ungleich komplexer, zumal eine große Zahl der Unternehmen auf familiärer Basis arbeitet: keine Arbeitsverträge, keine „fremden“ Arbeitnehmer usw. Wie in solche Betriebe und Wirtschaftssektoren eindringen? Dass es dafür kaum Patentrezepte gibt, wissen auch die Gewerkschaften in anderen Ländern – zumindest aber wird danach gesucht.

**Wesentliche
finanzielle Basis der
Gewerkschaften ist
nicht ihr
Beitragsaufkommen**

Selbst dies scheint in Albanien nur unten auf der Agenda der Gewerkschaften zu stehen, denn die beiden großen Konföderationen sind kaum auf ihre Mitglieder angewiesen. Der hohen, selbst angegebenen Zahl der Mitglieder steht eine wesentlich kleinere Zahl derer gegenüber, die überhaupt Beiträge leisten – oftmals jedoch weit unter den „klassischen 1%-vom-Bruttolohn“. Die Einkommen und Einnahmen der Gewerkschaften kommen eher aus dem Altvermögen, das ihnen – aufgeteilt – übertragen wurde. Damit werden die notwendigen laufenden Kosten beglichen. Für eine relativ kleine Gruppe von höheren Funktionären reicht dies gut, wenngleich es auch schon des Öfteren vorkam, dass Löhne oder Sozialleistungen für Wochen und Monate nicht ausgezahlt wurden. Zudem befinden sich die Finanzkraft und damit auch die Gestaltungsmacht der Gewerkschaften nahezu ausschließlich bei den Konföderationen, während die Branchengewerkschaften gänzlich abhängig sind.

**Konföderationen
weichen auf –
Alternativen bislang
kaum in Sicht ...**

Gleichwohl oder deswegen kommt es immer wieder zu Austritten von ganzen Gewerkschaften bzw. großen Teilen. Entweder verließen die Branchenvorsitzenden aus eigenem Antrieb die Konföderation oder sie wurden „gefeuert“ und durch neue ersetzt. Denn die

Branchenvorsitzenden werden nicht von ihren Mitgliedern gewählt, sondern faktisch vom Konföderationsvorsitzenden benannt. Das führt in einigen Fällen sogar dazu, dass es zwei Gewerkschaften mit gleichem Namen gibt – leider jedoch nicht zu einer größeren Durchsetzungsmacht. Die „freien“ – oft mittellosen - Gewerkschaften jedoch haben noch keine Wege gefunden, sich weiter zu profilieren, ihre Arbeit dümpelt zumeist nur dahin: hier und da ein kurzer und kleiner Protest, aber sie sind nicht Teil des tripartiten Dialoges und damit auch aus dem Gesichtsfeld.

... aber es gibt sie!

Die beiden Lehrgewerkschaften – die eine aus ihrem Bund ausgetreten, die andere noch nicht – kooperieren seit geraumer Zeit und tragen sich sogar mit Fusionsgedanken. Sie gehören zu den mitgliederstärksten Arbeitnehmerorganisationen und wollen weiter an ihrem Profil arbeiten. Dazu arbeiten sie auch mit ihren internationalen Partnerorganisationen zusammen. Auch hört man von einigen anderen kleinen Organisationen, dass sie über neue Kooperationswege nachdenken. Neben den beiden großen Bündeln gibt es noch einen kleineren Bund, der sich ausschließlich im Privatsektor organisiert (Banken, Versicherungen). Er hält sich politisch neutral, hat jedoch noch keine sehr großen Gestaltungsmöglichkeiten – die gewerkschaftliche Arbeit im Banken- und Versicherungswesen ist ja auf dem gesamten Balkan bekanntermaßen recht schwierig, da selbst EU-basierte Banken hier oft alles tun, um eine gewerkschaftliche Organisation grundsätzlich zu verhindern.

**Neue betriebliche
Interessenvertretungen
als Möglichkeit?**

Seit geraumer Zeit gibt es in Albanien ein, wenn auch schlechtes Betriebsratsgesetz, das allerdings in der Praxis nur selten anwendbar ist und zudem von den meisten Gewerkschaften abgelehnt wird. Danach kann in Betrieben mit über 50 Beschäftigten ein Betriebsrat gewählt werden, der dann jedoch wesentlich weniger Möglichkeiten und Schutzgenosse als z.B. in Deutschland. Die Gewerkschaften fürchten auch, dass ihnen damit eine Konkurrenz erwachsen könnte. Allerdings sind sie ohnehin außerhalb des öffentlichen Sektors nur in wenigen derartiger Unternehmen vorhanden. Aber es böte sich für sie die Möglichkeit, hier und da „einen Fuß in die Türe zu bekommen“. Dort allerdings, wo sogar beide Gewerkschaften organisiert sind, neutralisieren sie sich oftmals bzw. die eine macht Verträge, während die andere genau dies beklagt. Dennoch sind hier neue Ansätze auch für die Kooperationsarbeit mit Partnerorganisationen anderer Länder oder mit den entsprechenden internationalen Bündeln denkbar. Dies besonders im Kommunikationsbereich, denn diese Unternehmen sind natürlich längst

in der Hand ausländischer, multinationaler Unternehmen.

**Nachwuchsprobleme
drücken auch die
Gewerkschaften**

Ein Resultat des genannten Antikommunismus ist auch, dass Eltern – gerade in Albanien - ihre Kinder lehren, keine „freiwillige Arbeit“ zu übernehmen. Freiwillige Arbeit ist seit dem Kommunismus bei der heutigen Elterngeneration vollkommen verpönt, da diese selbst unter Hoxha dazu gezwungen worden war. Dieses Phänomen prägt eine ganze Generation junger Leute zwischen 15 und 30 Jahren – immerhin knapp die Hälfte der jungen albanischen Bevölkerung. Dies und die allgemeine Politikverdrossenheit treibt die jungen Leute dazu, entweder das Land verlassen zu wollen, oder individuelle Möglichkeiten für sich zu finden, um eine bezahlte Arbeit zu bekommen². Setzt man als Messlatte für ein Beschäftigungsverhältnis einen ordentlichen Arbeitsvertrag und Sozialabgaben voraus, dann wird man wohl die Jugendarbeitslosigkeit in Albanien mit über 60% beziffern müssen – und dies nicht etwa erst seit der Finanzkrise oder ihren späteren Auswirkungen in den Transformationsländern. Dies ist für das Land umso gravierender, weil auf der anderen Seite in allen Bereichen ausgebildete Fachkräfte fehlen – was insbesondere von potenziellen Investoren beklagt wird. Denn eigentlich verfügt Albanien über vergleichsweise viele wirtschaftliche Potenziale, die jedoch ohne Fachkräfte lange nicht genutzt werden. Dieses immens wirtschaftspolitische Problem aber wurde von den Gewerkschaften – leider auch von den einheimischen Arbeitgebern - bislang nur selten wahrgenommen oder gar auf die Agenda gebracht. Warum also als junger Arbeitssuchender oder Gelegenheitsarbeiter Mitglied einer Gewerkschaft werden?

**Objektive und
hausgemachte
Probleme**

Die genannten Problemfelder sind auch in anderen Transformationsländern in Europa bekannt. Dennoch konnten sich Gewerkschaften in vielen Fällen besser von alten Rollenvorstellungen lösen, als dies in Albanien der Fall ist. Dies mag eben auch an der nahezu vollständigen Isolation des Landes bis vor 25 Jahren liegen und damit auch an den schwierigen Herausforderungen des nun herrschenden Neo-Liberalismus. Die Tatsache, dass die Bevölkerung wirkliche Interessenvertretungen sucht, die bestehenden aber nicht kennt, birgt ja auch eine gute Nachricht. Denn, wenn ein Bedarf besteht, wird es auch wieder Initiativen geben, die bestehende Gewerkschaftslandschaft zu reformieren. Ob es mit den bestehenden Strukturen gelingt oder mit anderen, hängt von den Gewerkschaften zunächst selbst ab.

² Siehe auch: "Albanian Youth Study 2011", FES 2013

Nicht nur bei dem jüngsten Besuch des italienischen Ministerpräsidenten zum Jahreswechsel betonte Albanien sozialistischer Ministerpräsident Rama, dass Italien mehr Investoren nach Albanien senden soll, schließlich gebe es in Albanien keine Gewerkschaften. Dies sollte eigentlich genug Herausforderung für die Funktionäre und ihre Gewerkschaften sein, die Situation bald zu ändern. Chancen dazu gibt es jedenfalls.

Autor

Frank Hantke ist Leiter des Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Tirana. Zwischen 1998 und 2009 war er regionaler Projektleiter der FES im Themenbereich Arbeitsbeziehungen und Sozialdialog im östlichen und südöstlichen Europa mit Sitz in Warschau und in Belgrad. Bis 1998 war Frank Hantke in verschiedenen Positionen beim DGB-Bundesvorstand tätig und dort seit 1990 direkt mit den Fragen der EU-Osterweiterung befasst.

Kontakt: frank.hantke@fes-tirana.org

Weitere Informationen: www.fes-tirana.org

Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de